

# Die 'Börse' ist nun unter Dach und Fach

Ein modifiziertes — dafür jedoch grundsätzliches — Ja zum Kommunikationszentrum wurde in der Ratssitzung der CDU-Fraktion buchstäblich abgerungen. Und die „Koalitionsparteien“ SPD und FDP ließen es an „geständnissen nicht fehlen, um der Oppositionspartei diese neue „kulturbörse“ in unserer Stadt schmachtlich zu machen.

Denn selbst die „URBS-Schreckens“ hatte CDU-Fraktionsvorsitzender Josef Henn noch einmal gestreift, um die CDU-Bedenken gegen das Kommunikationszentrum zu motivieren. Ihren Stadtratvertreter, den Minister Johannes Rau, schickte die SPD-Fraktion in die Bütt, um den Antrag zu begründen.

# In letzter Minute Kommunikationszentrum scheint gesichert

Der Kulturhaushalt der „Börse“ am Viehhof: Vertreter von Rat und Verwaltung hätten sich am Samstag davon überzeugen können, wie groß in Wuppertal der Bedarf hauptsächlich bei Jugendlichen in einer Räumlichkeit ist, in der man einermassen ungestört „ilme sehen, Musik hören (nicht ohne Band), Bier trinken und salavern kann, mal komisch sein kann, mal komisch sein kann, mal komisch sein kann...“

# Ausschuß ohne Votum aber positiv

Der Kulturhaushalt der „Börse“ am Viehhof: Vertreter von Rat und Verwaltung hätten sich am Samstag davon überzeugen können, wie groß in Wuppertal der Bedarf hauptsächlich bei Jugendlichen in einer Räumlichkeit ist, in der man einermassen ungestört „ilme sehen, Musik hören (nicht ohne Band), Bier trinken und salavern kann, mal komisch sein kann, mal komisch sein kann, mal komisch sein kann...“

Der Kulturhaushalt der „Börse“ am Viehhof: Vertreter von Rat und Verwaltung hätten sich am Samstag davon überzeugen können, wie groß in Wuppertal der Bedarf hauptsächlich bei Jugendlichen in einer Räumlichkeit ist, in der man einermassen ungestört „ilme sehen, Musik hören (nicht ohne Band), Bier trinken und salavern kann, mal komisch sein kann, mal komisch sein kann, mal komisch sein kann...“

# Ohne finanzielle Basis auch kein „K“-Zentrum

„nur wenn der Verein zaubern kann.“ meinte der Kulturdezernent, als ihn die NRZ in einem Interview (24. Januar) fragte, ob ein künftiges Kommunikationszentrum ohne laufende Mittel denkbar sei. „Wahrscheinlich nicht.“

# Jusos: Betriebskosten für die „Kulturbörse“

Der Verein betont, daß tragsgemäß ein Konzept zu entwickeln ist. Dieses beinhaltet auch, daß hauptberufliche Fachkräfte nötig sind.

# Verein will selbst bauen

Kritik übte CDU-Fraktionsvorsitzender Josef Henn an dem Entwurf eines Vertrages zwischen der Stadt und dem Verein Kommunikationszentrum.

# Studenten für Kommunikationszentrum

Die Studentenschaft der Musik- und Musikhochschule ist es unerwünscht, daß ein Zentrum der Begegnung für die Studentenschaft geschaffen wird.

Die Studentenschaft der Musik- und Musikhochschule ist es unerwünscht, daß ein Zentrum der Begegnung für die Studentenschaft geschaffen wird.

# Zur 'Börse' gab die SPD ein halbes „Ja“

„Eine Vorentscheidung in Sachen Kommunikationszentrum ist gefallen: Gegen die Stimmen von CDU und FDP setzte die SPD im Hauptausschuß ihren Antrag durch, 150 000 DM Renovierungskosten für die „Börse“ noch in diesem Jahr im Etat einzuflechten und das Gebäude dem Trägerverein zu stellen.“

# CDU drückte sich um eine Entscheidung

Die CDU drückte sich gestern Abend im Kulturhaushalt um eine Entscheidung über das Kommunikationszentrum.

# Das Ergebnis der Aussprache zwischen Stadtrat und Verein

Es war eine gute Idee, die letzte Sitzung des Hauptausschusses für einige Zeit zu unterbrechen, um mit Vorstandsmitgliedern des Vereins „Kommunikationszentrum“ über die jetzige Situation außerhalb der Tagesordnung zu sprechen.

# Kommunikationszentrum Wuppertal Dokumentation NR 2

Das Kommunikationszentrum Wuppertal besteht aus einem Hauptausschuß, einem Vorstand und einem Beirat. Die Aufgaben des Hauptausschusses sind...

# Jetzt geht es um einen „Grundvertrag“

Wuppertal wird es noch im Laufe dieses Jahres — wenn die Voraussetzungen — den Versuch geben, einen „Grundvertrag“ mit dem Trägerverein zu schließen.

# Noch drei Probleme

Der Vorstand des Trägervereins, wie ein Sprecher im Kulturhaushalt, hat drei Probleme benannt, die im Vertrag mit der Stadt geregelt werden müssen.

# Das Ergebnis der Aussprache zwischen Stadtrat und Verein

Es war eine gute Idee, die letzte Sitzung des Hauptausschusses für einige Zeit zu unterbrechen, um mit Vorstandsmitgliedern des Vereins „Kommunikationszentrum“ über die jetzige Situation außerhalb der Tagesordnung zu sprechen.

# Wieder Info-Fete in der 'Börse'

In der „Börse“ (Viehhofstraße 125) gibt es morgen, Samstag (15. Juni) wieder eine Info-Fete.

Die Info-Fete wird von den Kindern und Jugendlichen der „Börse“ organisiert.

# Zauberer bei Info-Fete

Die Info-Fete mit Musik, Film und allem, was dazu gehört, findet am Samstag, 8. Juni 1974, ab 15 Uhr am Viehhof statt.

Die Info-Fete mit Musik, Film und allem, was dazu gehört, findet am Samstag, 8. Juni 1974, ab 15 Uhr am Viehhof statt.

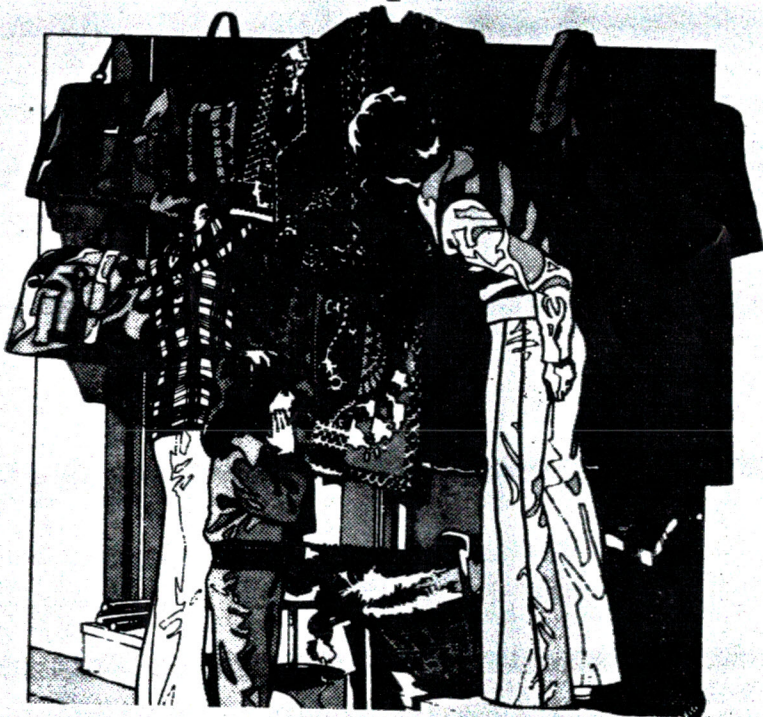
# Trotz Wohlwollen keine Empfehlung

Der Kulturhaushalt befaßte sich einmal mehr mit der „Kulturbörse“.

Der Kulturhaushalt befaßte sich einmal mehr mit der „Kulturbörse“.

Die Info-Fete wird von den Kindern und Jugendlichen der „Börse“ organisiert.

# Ihre Reisekasse von der Sparkasse.



Wer auf Reisen mit der Zeit geht, bezahlt mit eurocheques  
und eurocheque-Karte.  
Oder ziehen Sie ausländisches Geld und Reiseschecks vor?  
Auch dafür sind wir zuständig.

wenn's um Geld geht  
**Sparkasse** 

## INHALT

	Seite
Impressum	4
Aufruf zur Mitarbeit	5
Über die Anhörung des Hauptausschusses	6
Stellungnahmen der Politiker zur "Börse"	7
Bericht zur Informationsveranstaltung am 4.5.74	9
Beschlüsse der Jahreshauptversammlung vom 2.3.74	10
Öffentliche Erklärung zur ISJ	12
Arbeitsgruppen	13
Ziele, Aufgaben, Kontaktadressen	
Funktionsvarianten (Vorentwürfe) zur ersten Ausbaustufe des Erdgeschosses	16
Konzeptions - und Programmausschuß	18
Rahmenprogramm	19
Konzept für die erste Phase des Kommunikationszentrums	
Satzung des Vereins	21
Vertrag zwischen dem Verein und der Stadt Wuppertal	25
Thema Freizeit	28
Tagungen - nichts als Tagungen	
Empfehlungen der UNESCO zur Kulturpolitik	34
Helsinki 1972	
Kommunikationszentren anderstwo	35
2. Teil	
Pressespiegel	39

# IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt

Das Redaktionsteam

E. D. Fränzel

H. E. Steinke

Chr. Wiedermann

Herausgeber

Kommunikationszentrum Wuppertal e.V.

56 Wuppertal 1

Börse am Viehhof

Redaktionsanschrift

Chr. Wiedermann

56 Wuppertal 1

Westfalenweg 162

Erscheinungsdatum

im Juli 1974

Anlage

1 000 Exemplare

Druck

Sofortdruck Cronenberg

Bankverbindung

Stadtparkasse Wuppertal

Konto 933119

# AUFRUF

Die Entscheidung wird uns nicht leicht gemacht. Wenn wir noch in diesem Jahr mit dem Betrieb des Kommunikationszentrums beginnen wollen, sind wir auf die Mitarbeit und Unterstützung von allen interessierten Kreise angewiesen.

150.000,--DM reichen kaum für die erste Ausbaustufe. Weitere Mittel werden uns zwar für 1975 in Aussicht gestellt, aber man will erst einmal sehen, was wir zu bieten haben. Das bedeutet, wir müssen sofort mit der Arbeit beginnen und bis Oktober die Einrichtung soweit abgeschlossen haben, daß wir im November das Zentrum eröffnen können.

Es ist errechnet worden, daß von Seiten unseres Vereins ungefähr für 50.000,--DM Eigenleistung zu erbringen sind. Das ist eine ganze Menge. Ohne das Engagement vieler Mitglieder und Interessenten geht es nicht. Für die Ausbauarbeiten werden besonders Handwerker u.a. gesucht.

WIR FORDERN AUF ZUR FÖRDERUNG UND TEILNAHME, ZUR AKTIVEN HILFE UND MITARBEIT. WIR BITTEN UM GELD- UND SACHSPENDEN FÜR MATERIAL UND AUSSTATTUNG DES ZENTRUMS.

Jeder kann einen Beitrag in irgendeiner Form leisten:

Helfen Sie mit; -werben Sie Mitglieder und Mitarbeiter; -sprechen Sie mit Freunden und Bekannten; -melden Sie sich in einer Arbeitsgruppe, beim Koordinationsrat, in der Geschäftsstelle.

Freitag, 5. Juli 1974 — Nr. 152 W 14 NRZ an RHEIN und RUHR

## Okay für „Kulturbörse“

Der Einrichtung des Kommunikationszentrums dürfte jetzt nichts mehr im Wege stehen. Der Hauptausschuß gab dem Vertragsentwurf gestern seinen Segen, so daß die „Kulturbörse“ ab Herbst ihre Arbeit aufnehmen kann. Die Stadt will — entgegen ihrer ursprünglichen Absicht — ihren Zuschuß zur Schaffung der ersten Stufe dem Trägerverein direkt geben, der seinerseits sich imstande sieht, 50 000 DM selber beizusteuern. CDU-Fraktionsvorsitzender Josef Henn erklärte, daß seine Fraktion ein „langsameres Ja“ sage, weil gewisse Bedenken noch nicht voll ausgeräumt seien. Im Ausschuß

enthielt sich bei der Abstimmung Hans Rauhaus (CDU) seiner Stimme.

Als Bedenken nannten Sprecher der CDU-Fraktion die Frage der Leitung des Hauses, die Möglichkeit, daß lediglich die Bevölkerung des kulturbörsennahen Stadtteils an den Aktivitäten teilnehmen werde, die „teils bitteren Erfahrungen mit dem Impuls“ und die Gefahr, daß einseitige Veranstaltungen in dem Hause durchgeführt werden könnten. Henn: „Hoffentlich erleidet die Stadt mit diesem Experiment keinen Schiffbruch.“

W. I.

WZ-General-Anzeiger, Freitag, 5. Juli 1974

## Stadt gibt „Börse“ Geld

Einigung bei einer Enthaltung beschloß gestern der Hauptausschuß des Stadtrats, dem Verein „Kommunikationszentrum Wuppertal e.V.“ an der „Börse“ die Möglichkeit zu geben, ein solches Zentrum einzurichten und zu betreiben.

Zwischen Verein und Stadt wird ein Vertrag abgeschlossen. Der Verein erhält 150 000 DM. Er soll damit eine betriebsfähige erste Stufe für seine Arbeit erreichen. Die CDU stimmt mit einem „langsameren Ja“ ihres Fraktionsvorsitzenden Henn zu.

## Über die Anhörung des Hauptausschusses

Der Hauptausschuß des Rates der Stadt Wuppertal unterbrach seine Sitzung vom 30.5.74, um Vorstandsmitglieder des Vereins zur Situation zu hören.

Der Hauptausschuß hatte vorher über eine Verwaltungsvorlage zum Thema Kommunikationszentrum und eine Überlegung der SPD-Fraktion diskutiert, den Ratsbeschuß vom 28.1.74 dahingehend zu ändern, die für 1974 vorgesehene Summe von DM 150.000 für die erste Ausbaustufe der "Börse" unmittelbar dem Verein zur Verfügung zu stellen.

Die anwesenden KOZ-Vorstandsmitglieder wiesen darauf hin, bei der notwendigen Änderung des Ratsbeschlusses gleichzeitig dem Verein den großen Saal der "Börse" zur Verfügung zu stellen, da das Kommunikationszentrum ohne dieses Kernstück des Hauses nicht sinnvoll betrieben werden könne.

Dieses Gespräch fand nach allgemeinem Eindruck sowohl von Mitgliedern des Hauptausschusses als auch der Wuppertaler Tagespresse in einer sehr sachlichen Form statt.

Dabei konnten Mißverständnisse und Vorurteile ausgeräumt werden. Zu hoffen ist nun, dass der Rat der Stadt möglichst bald einen endgültigen Beschuß fasst, damit die Ausbaurbeiten zügig in Angriff genommen werden können.

Dabei sind wir, das sei deutlich betont, auf die aktive Mithilfe eines jeden Einzelnen angewiesen.

### GESUCHT WERDEN FÜR DAS KOMMUNIKATIONSZENTRUM :

1 MITARBEITERIN oder MITARBEITER  
FÜR UNSERE GESCHÄFTSSTELLE in der Börse; stundenweise;  
Schreibmaschinenkenntnisse werden verlangt;  
Erfahrungen in Büroorganisation und Buchführung sind erwünscht

1 erfahrener GASTRONOM  
als Pächter FÜR DIE GASTSTÄTTE in der Börse

Interessenten bitte melden bei Günter Kosack Tel. 306041/42

1 TECHNISCH - HANDWERKLICH BEGABTER MITARBEITER  
der die Aufgaben eines Hausmeisters und die Betreuung der techn.Geräte übernehmen kann.

Bewerbung für die Hausmeister-Stelle an das Kulturreamt der Stadt Tel. 536988

## STELLUNGNAHMEN

- H. Neveling CDU : Ich hoffe, daß der Kunstmarkt 78 in den Räumen der Börse stattfinden wird." (Am 30.11.73 bei der Eröffnung des "Kunstmarktes 73" in "Haus der Jugend")
- J. Henn CDU : "Mit dem Geld, das für das Kommunikationszentrum vorgesehen ist, kann man auf dem Bereich der Jugendfürsorge (!) viel mehr tun." (NRZ 4.12.73)
- G. Schmidt CDU : "Denken Sie an die Ölkrise!" (Begründung zur Zurückhaltung der CDU zum Kommunikationszentrum - NRZ 4.12.73)
- G. Gurland SPD : "Wir sind im Verfahrenszwang." und "... wenn wir 1974 nicht beginnen ist es kaputt." (NRZ 7.12.73)
- G. Schmidt CDU : "Es gibt von Beyenburg bis Sonnborn genug Räume, wo junge Menschen sich treffen und aktiv werden können." (GA 8.12.73)
- J. Henn CDU : "Der Verein soll erst mal zeigen, was er kann und wieviel Mittel er gespart hat." (NRZ 19.1.74)
- K.O. Dehnert FDP : "Programmierte Pleite !" (NRZ 19.1.74)
- W. Jahnke SPD : "Ein notwendiges Zeichen von kulturpolitischer Aktivität." und "Wir wollen den Anfang in diesem Haus erst sehen und dann über die Zuschüsse beraten." (NRZ 19.1.47)
- J. Rau SPD : "Die Einstellung der CDU hat bei uns die letzten Zweifel beseitigt. Ihre (J.Henn CDU) Ausführungen lassen die SPD nun voll hinter dem Kommunikationszentrum stehen." (Ratssitzung 28.1.74)
- J. Rau SPD : "Wer noch kein Experiment versucht hat, dem ist auch noch keins gelungen." und "Unser Engagement für das Kommunikationszentrum ist kein billiges Mäzenatentum." (NRZ 29.1.74)
- G. Gurland SPD : "In der Geschichte der Stadt sind auf kulturellem Gebiet früher Dinge begonnen worden, für die wir heute noch dankbar sind." (GA 29.1.74)
- J. Henn CDU : "An die Adresse der SPD-Fraktion: Ziehen Sie Ihren Antrag zurück und überlegen Sie mit uns, was hier getan werden muß." (GA 29.1.74)
- J. Henn CDU : "Wenn eine vernünftige Arbeit geleistet werden soll, dann müssen wir in die Vollen gehen. Wenn wir ein Kommunikationszentrum brauchen, müssen wir überlegen, ob wir (die Stadt) uns nicht selbst ein Kommunikationszentrum schaffen sollen." (NRZ 25.1.74)
- J. Henn CDU : "Was ist wichtiger, der Ausbau der Schule Kohlstraße oder das Kommunikationszentrum?" (Vor Schülern und Lehrern der Schule Kohlstr. - GA 26.1.74)

- J. Henn  
CDU : "Der Finanzplan des Trägervereins ist eine programmierte Pleite. Was hier vorgelegt wird, ist völlig unreif."
- H. Neveling  
CDU : "Wir sitzen alle in einem Boot." (Auf der Jahreshauptversammlung 74 des "KOZ")
- Dr. Dr. Revermann  
Kulturdezernent : "Der betroffene Trägerverein, die Öffentlichkeit oder die Presse mögen sich äußern, ob es halbgarer Kompromiß, purer Zynismus - also Ignoranz oder Alibi ist" und "Fest steht, daß dieser Beschluß ein Kompromiß ist. Kulturelle Aktivitäten von einigem Format erfordern Hilfe aus Steuergeldern.  
Für Null Mark sind null Profis zu engagieren." (Auf die Frage der NRZ, ob die augenblickliche Situation ein Alibi oder ein nicht zu Ende gedachter Kompromiß sei.)
- G. Gurland  
SPD : "Der Verein soll nicht um alles oder nichts pokern. (auf dem Unterbez.-Parteitag der SPD am 4.5.74)
- H.M. Reensburg  
SPD : "Bat um: Vertrauen für die Ratsfraktion." (UB-Parteitag der SPD am 4.5.74)

#### N e b e n b e i b e m e r k t

Am 4.5.74 tagte der Unterbezirks-Parteitag der SPD Wuppertal. Diesem Parteitag lag ein Antrag der Jungsozialisten zum Kommunikationszentrum vor, indem gefordert wurde, dem Verein für die Weiterführung seiner Arbeit die nötigen finanziellen Mittel und sämtliche Räume der Börse zur Verfügung zu stellen. Daß sich bei den Delegierten unterschiedliche Auffassungen ergeben ist verständlich. Immerhin besteht jedoch die Möglichkeit, Anträge zu verändern und zur Abstimmung vorzulegen.

Nicht so hier.

Der SPD Ratsfraktionsvorsitzende W. Jahnke beantragte, den Antrag in der jetzigen Form an die Ratsfraktion zurückzuverweisen. Dies wurde mit der Begründung eines "weitergehenden Antrages" zur Abstimmung gestellt und angenommen.

Eine zumindest delikate Auffassung von "weitergehend". Es steht zu befürchten, daß, wenn es so weitergeht, es eben nicht weitergeht, sondern zu weit geht.

Zu hoffen ist, daß der Appell von H.M. Reensburg um "Vertrauen auf die Ratsfraktion" von allen gehört und beherzigt wird.

#### Bericht zur I. INFO-VERANSTALTUNG (4.5.74)

Das Fanfarenkorps "Wuppergold 73" stieß es tönend durch seine Hörner, was eigentlich schon Stunden vorher im großen Saal der Börse begonnen hatte: die Vorbereitungen zur ersten improvisierten Info-Veranstaltung des Vereins "Kommunikationszentrum Wuppertal e.V." (KOZ).

Scheuerlappen tauchten ins Wasser, Besen tauschten die Hände, Stühle und Tische rückten, volle Bierkästen stapelten sich. Ein schwitzen-des Dutzend lockte den von den "Wuppertaler Bühnen" als Probenreserve nutzten Saal aus der Reserve. Hier ging es nicht um eine PROBE, sondern um Information und Dokumentation eines Bedarfs an sinnvoller "Freizeit"-Gestaltung in Wuppertal.

Bereits während dieser Vorbereitungszeit zeigten sich eine Anzahl "Arrenberger", um zu erfahren, was sich in "ihrer Börse" tat. Früher Hotel, Restaurant, Kneipe, Kontaktraum der Arrenberger Bewohner, Veranstaltungs- und Festsaal. - Dieses Haus steht seit Jahren leer - ohne Alternative bzw. Ersatz. - Nun der Versuch (auch wenn die Verhandlungen über die Nutzung des Gebäudes zwischen Verein und Stadt noch nicht abgeschlossen sind) dieses Haus zu nutzen, wieder der Allgemeinheit (dem Bedarf) zur Verfügung zu stellen und Bedürfnisse zu demonstrieren.

Bevor die Veranstaltung "offiziell" eröffnet wurde, entdeckten Kinder die Möglichkeit, mit Stühlen den großen Saal zum Wettrennplatz umzufunktionieren oder entwickelten Ideen, die Gartenanlage um das Gebäude in einen selbstgebauten Spielplatz zu verwandeln.

Dann war's voll. Eltern mit ihren Kindern, Jugendliche und ältere Menschen informierten sich, sahen Film, Gespräche und spontane Spiele an Tischen; Hausführungen durch Anregung der Besucher; Kinder malten im Eingang; eine Gruppe Jugendlicher musizierte im Garten, während Fanfaren, Film, Gitarren und ein Jongleur zu sehen und zu hören waren.

Hier ging es nicht um Perfektion, Repräsentation oder Provokation. Hier ging es um Demonstration eines Bedarfs an Räumlichkeiten, in denen (an diesem Abend durch die Besucher überzeugend artikuliert und demonstriert), Bedürfnisse des Kontaktes, - der Information, - der Aktivität, Unterhaltung und Entspannung, - der schöpferischen

Entfaltung, Durchsetzung von Interessen und Selbstgestaltung möglich sind. Dies nicht zuletzt für die Bewohner im Stadtteil Arrenberg, in dem soziale und kulturelle Einrichtungen fehlen.

Wovon die gewählten Interessenvertreter der Stadt sich nicht überzeugten - war dennoch ein gelungener Versuch, ein Verlangen der Bevölkerung zu unterstützen.

#### Jahreshauptversammlung 2.3.1974

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Der Rat der Stadt Wuppertal hat die Herrichtung des Gebäudes Börse beschlossen, das dem Verein Kommunikationszentrum kostenlos zur Verfügung gestellt werden soll. Über Zuschüsse soll nach Vorliegen von Programmvorstellungen entschieden werden. Darüber hinaus soll eine vertragliche Regelung zwischen Stadt und Verein insbesondere in Bezug auf das Gebäude Börse getroffen werden.

Die bis zur Eröffnung eines Kommunikationszentrums in der Börse notwendige intensive Vorbereitung erfordert es, daß die satzungsmäßigen Gremien des Vereins voll arbeitsfähig sind.

Die Mitgliederversammlung fordert deshalb Rat und Verwaltung der Stadt Wuppertal auf, baldmöglichst die von dort zu entsendenden Beiratsmitglieder zu benennen. Dies gibt den Vertretern der Stadt die Möglichkeit, Anliegen und Zielsetzung des Vereins unmittelbar kennenzulernen und an deren Ausfüllung konstruktiv und tatkräftig mitzuarbeiten.

beschlossen bei drei Gegenstimmen -

#### Beschluß der Mitgliederversammlung des Vereins "Kommunikationszentrum Wuppertal e.V." vom 2. März 1974:

Die Mitgliederversammlung ist der Auffassung, daß

- die bewilligten Mittel bei weitem nicht ausreichen, um ein der Satzung des Vereins entsprechendes Kommunikationszentrum einzurichten und zu betreiben;
- die Frage der Beschäftigung ausreichenden qualifizierten Personals für das Gelingen des Zentrums von entscheidender Bedeutung ist;
- der grundlegende Gedanke der weitgehenden Selbstverantwortung durch Trägerschaft des Vereins "Kommunikationszentrum Wuppertal" auf keinen Fall durch weitere Auflagen eingeschränkt werden darf;
- die Integrierung städtischer oder sonstiger öffentlicher Einrichtungen in das Zentrum nur in Übereinstimmung mit der Satzung des Vereins und in vollem Einvernehmen mit diesem erfolgen kann;
- eine Inbetriebnahme des Zentrums nur dann möglich ist, wenn mindestens die Räume des Erdgeschosses uneingeschränkt zur Verfügung stehen;
- eine versuchsweise Aufnahme des Betriebs nur dann möglich ist, wenn der zur Durchführung des Programms erforderliche Zuschuß von der Stadt zur Verfügung gestellt wird.

Unter diesen Voraussetzungen beschließt die Mitgliederversammlung, trotz aller Bedenken die Arbeit an der Einrichtung des Zentrums fortzusetzen. Der Vorstand wird beauftragt, die entsprechenden Verhandlungen mit der Stadt zu führen. Die Mitgliederversammlung ist sich darüber im klaren, daß das Vorhaben scheitern kann. Ein Scheitern spräche aber nicht gegen das geplante Zentrum, sondern hätte seine Ursache in der mangelnden finanziellen und personellen Ausstattung durch die politisch Verantwortlichen.

Öffentliche Erklärung der Mitgliederversammlung des Vereins  
KOMMUNIKATIONSZENTRUM WUPPERTAL e.V. zur "Initiative selbstverwal-  
tetes Jugendzentrum Wuppertal".

Die Initiative Selbstverwaltetes Jugendzentrum fordert von der Stadt Wuppertal ein Haus für ein Jugendzentrum. Die Jugendlichen gehen von der Vorstellung aus, die geforderten Räume selbst auszugestalten, Programm und Aktivitäten selbst zu bestimmen und zu organisieren. Sie wollen die Gestaltung ihrer Freizeit selbst in die Hand nehmen.

Wir begrüßen die Initiative dieser Jugendlichen und halten die Forderung nach Bereitstellung von Räumen für ein Jugendzentrum für berechtigt, denn in Wuppertal herrscht ein ausgesprochener Mangel an offenen Freizeiteinrichtungen. Auch wenn unsere Vorstellungen sich nicht in allen Punkten mit denen der ISJ decken, so steht unserer Meinung nach die Förderungswürdigkeit der Ziele "Selbstverwaltetes Jugendzentrum" außer Frage.

In der Öffentlichkeit wird der Eindruck vermittelt, die zur ISJ zählenden Jugendlichen wären den Verführungskünsten einiger Rädelsführer erlegen, denen es gar nicht um die Realisierung eines Jugendzentrums geht, sondern die diese Situation nur ausnützen, um ihr eigenes politisches Süppchen zu kochen. Hier macht man es sich zu einfach. Wir wehren uns gegen die einseitige, simplifizierende Darstellung dieses politischen Sachverhalts. Wenn hier von kriminellen Jugendlichen gesprochen wird, dann muß an dieser Stelle doch mit allem Ernst die Schuldfrage gestellt werden. Wer muß denn hier zur Verantwortung gezogen werden? Sind es die Jugendlichen, die an der Ignoranz der Politiker ihren Interessen gegenüber verzweifeln und dann zu radikalen Mitteln greifen, um ihre aner kennenswerten Absichten zu verwirklichen, oder sind es die Politiker, die nicht einmal bereit sind, die Jugendlichen anzuhören und die in der Befriedigung der sozio-kulturellen Bedürfnisse, beispielsweise hier in Wuppertal, allzu einseitig agieren?

Wir fordern die politisch Verantwortlichen auf, endlich eine Form der Auseinandersetzung zu finden, die es den Jugendlichen ermöglicht, innerhalb demokratischer Formen ihre Interessen zu vertreten.

Wuppertal, 2. März 1974

# ARBEITSGRUPPEN

Neben der Tätigkeit des Vereinsvorstandes bildeten sich eine Anzahl von selbstständigen Arbeitsgruppen (AG).

Das momentane Ziel aller AG's richtet sich auf die Einrichtung des Zentrums in der Vorbereitungsphase. Langfristig, nach Inbetriebnahme des Zentrums, orientiert sich die Arbeit an einer aktiven Gestaltung und Entwicklung des Zentrums hinsichtlich seiner Konzeption und der gegebenen Satzung.

Anhand dieser Arbeitsgruppen wird deutlich, das die Grundsatzerklärung des Vereins: "Das Zentrum ist primär die räumlich materielle Basis für eine von den Besuchern selbst zu bestimmende Praxis", genutzt und bestimmt wird.

## ● AG INFORMATION

### Aufgabenbereich:

Öffentlichkeitsarbeit (Werbung, Information) durch Info-Stände, Flugblätter, Informationsforen (Info-Feten), Presseinfo's, etc.

### Sitzungstermin:

Mittwochs 20<sup>00</sup> im Zentrum

### Kontaktanschrift:

Ingo Rasch/Wpt-2/Sedanstr.69/Tel:505819

## ● AG INFO-REDAKTION

### Aufgabenbereich:

Dokumentationen über das Kommunikationszentrum und eine regelmäßig erscheinende Info-Zeitung zu konzipieren und herauszugeben.

### Kontaktanschrift:

Chr. Wiedermann/Wpt-1/Westfalenweg 162/750618

## ● AG BILD-TON-DOKUMENTATION

### Aufgabenbereich:

1. Dokumentation der Entwicklung des Zentrums durch Film, Foto, Ton, Video etc.
2. Einsatz der Medien zu pädagogischen- und demonstrativen Zwecken.
3. Theoretische Auseinandersetzung mit den Medien.

Die Gruppe führt z.Z. interne Filmvorführungen durch. Ziel: gemeinsamen Erlernens Filme zu sehen, erfassen und zu beurteilen. Parallel entsteht, neben Dokumentationsfilmen in Kooperation mit Studenten der GHS-Wuppertal (FB Architektur) ein 8mm vertonter Kurzfilm.

Sitzungstermin: Montags 20<sup>00</sup> im Zentrum  
Kontaktanschrift: M. Schweder/Wpt-11/Siegerbusch 57/ 783700

● AG MEDIENTECHNIK

Aufgabenbereich:

1. Auswahl und Vorführung von Bild- bzw. Tonmaterialien.
2. Beratung von technischen Fragen audiovisueller Medien.

Sitzungstermin: Montags 20<sup>00</sup> im Zentrum  
Kontaktanschrift: K. Ecker/Wpt-11/Machensenstr.8/ 780447

● AG STADTTEIL

Aufgabenbereich:

1. Herstellung von Beziehungs- und Sachebenen zu den Bewohnern des Stadtteils.
2. Problematisierung von Konflikten und Zuständen bzw. ihrer Ursprünge.

Hierzu wurde ein theoretisches Phasenprogramm erarbeitet:

- a) Informationsphase
- b) Kontaktphase
- c) Motivierungsphase (Konsumtion)
- d) Aktivierungsphase (Reflexion)
- e) Initiierungsphase

Die Gruppe betrachtet ihre Arbeit langfristig als Alternative zu vorhandenen Aktivitäten im Zentrum.

Zur Phase a+b sind zu konfessionellen Einrichtungen des Stadtteils, zu Vereinen und Bewohnern Kontakte geknüpft worden.

Ein inoffizieller Treff (Stammtischrunde) wird ab dem 1. August 1974 in einer Stadtteil"Kneipe" eingerichtet. (regelmäßig Sonntags 12<sup>00</sup>)

Sitzungstermin: Samstags 16<sup>00</sup> im Zentrum  
Kontaktanschrift: Hans-E. Steinke/Wpt-1/Lederstr. 19

● AG SPIEL

Aufgabenbereich: Interaktionsspiele, Wochenschauspiele, Stücke aus der Arbeitswelt (Konfliktfeld Umwelt) Ausdrückbar wechselseitig im Tanz, in der Pantomime, in der Musik wie auch im Schauspiel

Gruppeninterne Ausdrucks- Rollen- und Darstellungsspiele, unterstützt durch die Begleitung von Videoaufnahmen sind in Vorbereitung. z.Z. arbeitet die Gruppe an einem "Sketch" aus dem Konfliktbereich: Verein-Stadt-Stadtteilbewohner.

Sitzungstermin: Dienstags 20<sup>00</sup> im Zentrum  
Kontaktanschrift: Karin Katerndal/Wpt-11/Gut Bolthausen/734147

● AG MUSIK

Die Gruppe befindet sich zur Zeit in einer Grundsatzdiskussion über folgende Fragen: Was bedeuten Kommunikation, Kreativität, soziales Verhalten? - Was sind die Gründe für Kommunikationsarmut, Kritikunfähigkeit, Nichtsozialem Verhalten in unserer Gesellschaft? - Kann Abhilfe durch ein Kommunikationszentrum geschaffen werden? - Was ist die kommunikative Funktion der Musik? - Welches sind die Aufgaben eines Kommunikationszentrums im Bereich Musik und welche Erfahrungen gibt es? (Hierzu entstehen z.Z. Referate)

Weiter diskutiert die Gruppe über die Planung realisierbarer Aktivitäten. (Folk-Festival)

Kontaktanschrift: Karl H. Braxen/Wpt-2/Im Vogelsholz 31/467546

● KOORDINATIONSRAAT

Aufgabenbereich:

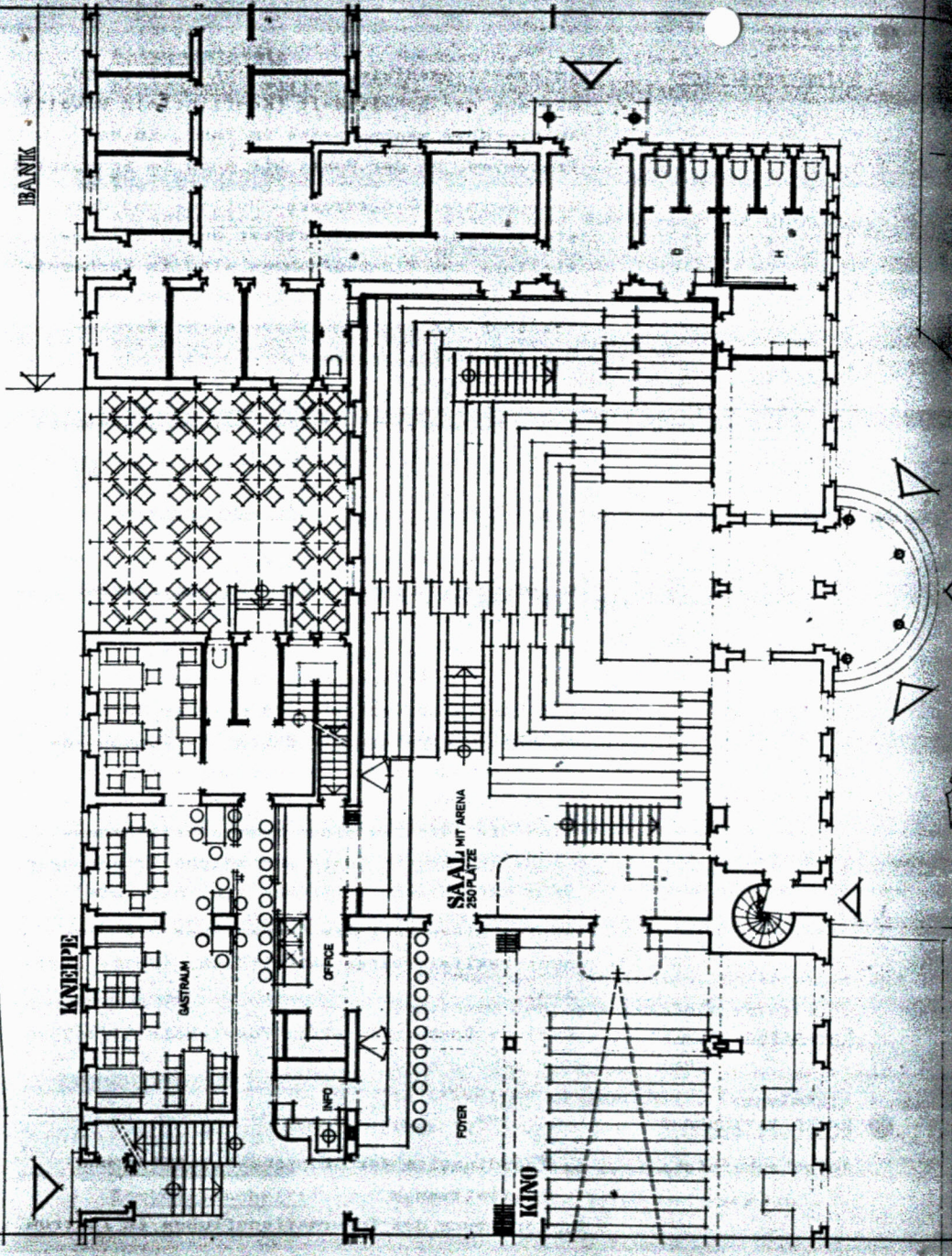
1. Koordination der Gruppenaktivitäten und Initiativen.
2. Förderung des Informationsflusses im Zentrum.

über die einzelnen AG's erfahrbar

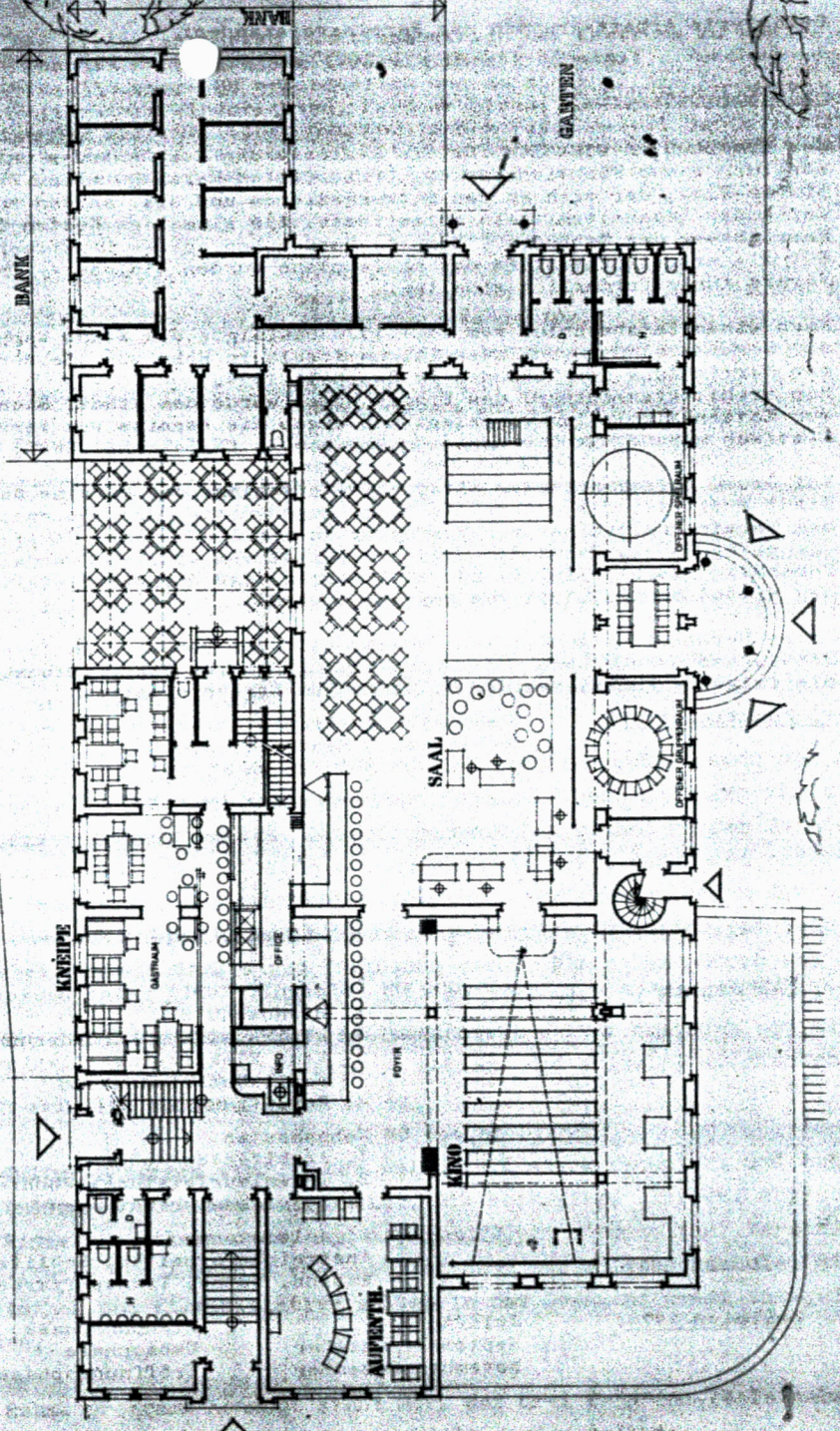
Sitzungstermin:



BANK



BANK



KONZEPTIONSAUSSCHUSS

Der Ausschuss entwickelte für die Realisierung des Zentrums unter Erstellung eines Funktionspapiers (Prioritäten-Katalog) einen Zwei-Stufen-Plan, der sich an den Satzungszielen und u.a. an den zu erwartenden Haushaltsmitteln orientierte. Als einmalige Kosten für die Herrichtung des Gebäudes ("Börse") wurden 500.000,- DM errechnet. Für die erste Ausbaustufe des Stufenplans wurden 350.000,- DM vom Verein für erforderlich gehalten.

Nach einem Ratsbeschuß vom 28.1.1974 bewilligte die Stadt Wuppertal die Bereitstellung von Investitionsmitteln in Höhe von 150.000,- DM zur Herrichtung des Gebäudes im Haushalt 1974. Ein Architekten-Entwurf des Erdgeschoßes wurde dem städt. Hochbauamt zur Kostenkalkulation vorgelegt und ergab die bereits vom Verein realistisch geschätzte Bausumme von 400.000,- DM. (einschl. MWST)

Auf Grund differenzierter Alternativ-Vorschläge des Vereins an die Stadt Wuppertal diskutiert die Stadt gegenwärtig, die 150.000,- DM dem Verein unmittelbar zur Verfügung zu stellen. In der Hauptausschußsitzung des Rates der Stadt Wuppertal vom 4.7.1974 wurde dieser Vorschlag beschlossen. Es ist zu erwarten, daß die Bereitstellung der Mittel am 22.7.1974 vom bestätigt wird.

Unter Berücksichtigung dieser Gegebenheit der reduzierten Investitionsmittel war eine erneute Kosten-Kalkulation durch den Verein notwendig, die folgende Funktionen der 1. Stufe zum Ergebnis hatte

1. Funktionsstufe:

- Zentraler gastronomischer Bereich mit eingeschlossenem Mehrzweckraum (z.B. Filmvorführungen)
- Großer Mehrzweckraum (Saal)
- Infothek
- Bibliothek
- Gruppenräume (Filme/Ton Geräteausstattung)
- Infrastruktur (Büros, Lager, Hausmeisterw.)

Finanzplan:

- 100.000 DM (einschl. MWST) reine Baukosten
  - 1. Brandschutz
  - 2. kl. räumliche Veränderungen
  - 3. Neue Elektro-Installation (einschl. Notbeleuchtung)
  - 4. Entlüftung
- 50.000 DM Nebenkosten
  - 1. Architektengebühren
  - 2. Ingenieurleistungsgebühren
  - 3. Betriebseinrichtungen
- 53.000 DM Eigenleistungen
  - Anstreicherarbeiten, Schlitze, Filmkabine, Bühne, Transportarbeiten etc.

Zeitplan 1974:

Juli/August	Planungsphase
September/Oktober	Umbauphase
November/Dezember	Eröffnungsphase

Um den zielorientierten Funktionsbetrieb des Zentrums zu realisieren, ist für das Haushaltsjahr 1975 ein Investitionsmittelzuschuß von mindestens 350.000,- DM erforderlich und um die konzipierte 1. und 2. Funktionsstufe einzurichten. Darüber hinaus bleiben Mittel für die notwendig erforderlichen hauptamtlichen Mitarbeiter, deren vielfältige Aufgaben im Zentrum und Betriebsmittelzuschüsse weiterhin eine der dringenden Forderungen des Vereins an die Stadt Wuppertal.

PROGRAMMAUSSCHUSS

Aufgabenbereich:

- Erstellung eines unter Berücksichtigung sich verändernder Bedürfnisse, didaktischen Programmrahmen-Konzeptes.
- Organisation der Programmdurchführung.
- Kooperation von Programmangeboten aus den Arbeitsgruppen und Initiativen.
- Integration von Veranstaltungen und Aktivitäten anderer Institutionen.

Rahmenprogramm

Ein Rahmenprogramm-Konzept für die 1. Phase des Kommunikationszentrums liegt zur Diskussion vor.

Ähnlich wie bei der räumlich-baulichen Konzeption mußten auch bei der Programm-Konzeption aus finanziellen Gründen Einschränkungen für die Anlaufzeit gemacht werden. Betroffen davon ist besonders der Bereich der Beratung und der pädagogischen Betreuung, weil dafür das erforderliche Personal im Moment nicht eingestellt werden kann. Auch die vorgesehenen Werkräume können noch nicht eingerichtet werden, da kein Geld für Werkzeug und Geräte zur Verfügung steht. Wir gehen jedoch bei allen Überlegungen davon aus, daß im nächsten Jahr weitere Mittel bewilligt werden, damit wir das Kommunikationszentrum weiter ausbauen und die in der Satzung gestellten Aufgaben im medien- und sozialpädagogischen Bereich erfüllen können.

Das Kultur-Programm wird in der Anlaufzeit stark reduziert und schwerpunktmäßig am Wochenende angeboten. Die Wochentage bleiben, abgesehen von Einzelveranstaltungen, den Arbeitsgruppen vorbehalten. Verschiedene Aktivitäten und Angebote von Institutionen wie Volkshochschule, Stadtbibliothek und Filminitiative sollen in das Gesamtprogramm integriert werden.

Das Rahmenprogramm-Konzept sieht vor, daß drei Programm-Teile nebeneinander stehen und gleichwertig behandelt werden sollen:

## 1. Arbeitsgruppen

Hier sollen Gruppen, die sich mit kulturellen, sozialen und pädagogischen Fragen im Rahmen des Kommunikationszentrums beschäftigen, Räume und Materialien zur Verfügung gestellt bekommen. Hier soll experimentiert und projektbezogen gearbeitet werden.

## 2. Lokale Aktivitäten

Das Zentrum soll allen im kulturellen und sozialen Bereich in unserer Stadt engagierten Kreisen als Forum dienen. Dort können interessierte Personen und Gruppen, Vereine und Bürgerinitiativen sich darstellen und mit anderen ins Gespräch kommen. Besondere Zielgruppen-Programme z.B. für Ausländer, für Lehrlinge, für Schüler, für Eltern usw. sollen gemeinsam mit den Betroffenen entwickelt werden. Angesprochen sind hier die Bewohner des Stadtteils.

Musikgemeinschaften, ob Popbands, Chöre oder Blasorchester, können sich hier vorstellen; Filmher ihre Filme zeigen; Theater- und Spielgruppen experimentieren und ihre Produktionen zur Diskussion stellen etc.

## 3. Gastspiele und Veranstaltungsreihen

Gleichzeitig stellt sich dem Zentrum die Aufgabe, durch die Vorstellung von anerkannten Gruppen und beispielhaften Produktionen über Entwicklungen und Tendenzen zu informieren. Durch Filmprogramme, Theateraufführungen, Konzerte, Ausstellungen, Workshops, Seminare, Vorträge, Lesungen etc. sollen Diskussionen, Initiativen und Aktivitäten angeregt werden. Neue kommunikationsfördernde Veranstaltungsformen sollen erprobt werden.

Wichtig bei der Programmgestaltung ist die Verbindung der drei Programmteile, das Aufzeigen und Dokumentieren von Zusammenhängen, das Anbieten von Orientierungshilfen, die Vermittlung von Informationen und die Förderung von Initiativen.

Es gilt ein Rahmenprogramm zu entwickeln, um die in der Satzung beschriebenen Aufgaben des Kommunikationszentrums erfüllen zu können.

Das Rahmenprogramm muß genügend Raum bieten, um unvorhersehbare Aktivitäten aufnehmen zu können. Spontanität soll nicht verhindert, sondern möglich gemacht werden. Die Programmplanung muß flexibel sein und sich an Bedarf und Bedürfnissen orientieren. Einzelne Programmpunkte können nicht auf lange Zeit festgemacht werden. Durch Erfahrung in der Praxis kann sich eine notwendige Verlagerung von Schwerpunkten ergeben.

## Satzung

### § 1 Name, Sitz und Geschäftsjahr des Vereins

1. Der Verein trägt den Namen "Kommunikationszentrum Wuppertal e.V."
2. Der Verein hat seinen Sitz in Wuppertal und ist in das Vereinsregister des Amtsgerichts eingetragen.
3. Das Geschäftsjahr ist gleich dem Kalenderjahr.

### § 2 Zweck, Ziel und Aufgaben des Vereins

1. Der Verein verfolgt ausschliesslich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 24.12.1953.
2. Der Verein hat die Aufgabe, ein Kultur- und Kommunikationszentrum einzurichten und zu betreiben, mit dem Ziel, die Begegnung von Menschen aller Berufsgruppen, aller Altersgruppen und sozialen Schichten zu ermöglichen, Kritikfähigkeit, Initiative und kreative Betätigung anzuregen und soziales Verhalten zu fördern. Dieses Ziel soll u.a. erreicht werden durch:
  - a) Musik-, Film- und Theaterveranstaltungen, Vorträge, Diskussionen und Ausstellungen
  - b) das Angebot von anderen Kommunikationsmöglichkeiten, Informationen sowie Unterrichtsprogrammen
  - c) die Einrichtung von Werkstätten für die kreative Betätigung
  - d) die Vermittlung von politischen Informationen
  - e) die Beratung in pädagogischen und sozialen Fragen.
3. Alle Einnahmen des Vereins dürfen nur für satzungsmässige Ausgaben verwendet werden. Es darf keine Person durch Ausgaben für Zwecke, die ausserhalb der Vereinsaufgaben liegen, oder durch unangemessen hohe Vergütungen begünstigt werden.
4. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

### § 3 Mitgliedschaft

1. Jede natürliche Person und auch jede juristische Person des privaten und des öffentlichen Rechts kann Mitglied des Vereins werden.
2. Der Eintritt kann jederzeit erfolgen, der Austritt nur zum Ende des Geschäftsjahrs.
3. Die Mitgliedschaft wird erworben durch schriftlichen Antrag, über dessen Annahme der Vorstand entscheidet. Lehnt der Vorstand einen Aufnahmeantrag ab, kann der Betroffene innerhalb von drei Wochen Widerspruch einlegen, über den die Mitgliederversammlung entscheidet.

4. Die Mitgliedschaft erlischt

- a) durch Tod
- b) durch Austritt zum Ende eines Geschäftsjahres, wenn eine schriftliche Austrittserklärung spätestens sechs Wochen vor Ablauf eines Jahres beim Vorstand eingegangen ist
- c) durch Ausschluss bei Vorliegen eines wichtigen Grundes, insbesondere wenn ein Mitglied gegen die Satzung oder die Geschäftsordnung des Vereins verstößt. Der Ausschluss erfolgt durch den Vorstand und ist dem betreffenden Mitglied durch eine schriftliche Begründung mitzuteilen. Das von einem Ausschluss betroffene Mitglied kann innerhalb von drei Wochen Widerspruch einlegen und die Aufhebung des Ausschlusses durch die Mitgliederversammlung beantragen.

§ 4 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind

1. die Mitgliederversammlung
2. der Vorstand
3. der Beirat

§ 5 Die Mitgliederversammlung

1. Die Mitglieder-Jahreshauptversammlung findet in den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres statt.
2. Eine ausserordentliche Mitgliederversammlung ist vom Vorstand einzuberufen, wenn das Interesse des Vereins dies erfordert oder wenn mindestens ein Zehntel der Mitglieder schriftlich unter Angabe des Grundes die Einberufung verlangt.
3. Die Mitgliederversammlungen sind vom Vorstand durch schriftliche Einladung mindestens zwei Wochen (Datum des Poststempels) vor dem Versammlungstermin mit Bekanntgabe der Tagesordnung einzuberufen.
4. Anträge zur Tagesordnung können von jedem Mitglied gestellt werden und sind von der Mitgliederversammlung zu behandeln, wenn ein schriftlicher Antrag spätestens acht Tage vor dem Versammlungstermin beim Vorstand eingegangen ist.
5. Die Mitgliederversammlung beschliesst über alle ihr zur Beschlussfassung vorliegenden Anträge, insbesondere über
  - a) die Satzung und Satzungsänderungen
  - b) die Geschäftsordnung und Geschäftsordnungsänderungen
  - c) die Wahl des Vorstandes und der Kassenprüfer
  - d) die Entlastung des Vorstandes nach Erstattung der Berichte
  - e) die Berufung bzw. Bestätigung des Beirates
  - f) die Festsetzung der Mitgliedsbeiträge
  - g) die Aufhebung des Ausschlusses eines Mitgliedes
  - h) die Auflösung des Vereins.
6. Beschlüsse werden von den anwesenden Mitgliedern durch einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

7. Satzungsänderungen; die vorzeitige Abwahl von gewählten Vorstandsmitgliedern und die Auflösung des Vereins können nur mit einer Mehrheit von dreiviertel der anwesenden Mitglieder beschlossen werden, wenn die entsprechenden Anträge mit Begründung zusammen mit der Einladung und Tagesordnung allen Mitgliedern schriftlich zugeleitet wurden. Bei der Abwahl eines Vorstandsmitgliedes ist gleichzeitig ein neues Vorstandsmitglied zu wählen.

8. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Das Stimmrecht ist nicht übertragbar.
9. Über die Mitgliederversammlung und die dabei gefassten Beschlüsse ist ein schriftliches Protokoll anzufertigen, das vom Schriftführer und einem weiteren Vorstandsmitglied zu unterzeichnen ist.

§ 6 Der Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus sieben Personen. Sechs Vorstandsmitglieder werden von der Mitgliederversammlung jeweils für zwei Jahre gewählt. Die Wiederwahl ist zulässig. Geborenes Mitglied des Vorstandes ist der jeweilige Kulturdezernent der Stadt Wuppertal.
2. Der Vorstand wählt aus seinem Kreis einen Vorstandssprecher, einen Schriftführer und einen Kassenwart.
3. Der Vorstand leitet und vertritt den Verein nach den Beschlüssen der Mitgliederversammlung. Seine Aufgaben sind insbesondere
  - a) die Erstellung einer von der Mitgliederversammlung zu beschliessenden Geschäftsordnung
  - b) die Einrichtung einer Geschäftsstelle
  - c) die Erstellung eines Haushaltsplanes jeweils für das kommende Geschäftsjahr sowie die Abfassung des Jahresberichtes und des Rechnungsabschlusses
  - d) die Vorbereitung und Durchführung der Mitgliederversammlung
  - e) die Einstellung des hauptamtlichen Personals
  - f) die ordnungsgemässe Verwaltung und Verwendung des Vereinsvermögens.
4. Zwei Vorstandsmitglieder, unter denen sich der Vorstandssprecher befinden muss, vertreten den Verein gerichtlich und aussergerichtlich.
5. Eine Vorstandssitzung ist vom Vorstandssprecher mindestens viermal im Laufe eines Geschäftsjahres einzuberufen. Der Vorstand ist bei Anwesenheit von mindestens vier Vorstandsmitgliedern beschlussfähig. Beschlüsse werden durch einfache Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

6. Über die Vorstandsbeschlüsse ist ein schriftliches Protokoll anzufertigen, das vom Schriftführer und einem weiteren Vorstandsmitglied zu unterzeichnen und allen Vorstandsmitgliedern, Beiratsmitgliedern und allen hauptamtlich für den Verein tätigen Personen zuzuleiten ist. Alle Protokolle sind für Mitglieder des Vereins zugänglich zu machen.

#### § 7 Der Beirat

1. Dem Beirat sollen fachlich qualifizierte Personen angehören, die bei allen wesentlichen Aufgaben des Kommunikationszentrums beratend mitwirken. Institutionen des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens sollen im Beirat vertreten sein.
2. Der Beirat besteht aus sechzehn Personen. Davon werden acht Beiratsmitglieder von der Mitgliederversammlung jeweils für zwei Jahre gewählt und acht Personen von Rat und Verwaltung der Stadt Wuppertal entsandt, die von der Mitgliederversammlung als Beiratsmitglieder zu bestätigen sind.
3. Der Beirat wählt aus seinem Kreis einen Beiratssprecher.
4. Die Aufgaben des Beirats sind insbesondere
  - a) die Beratung bei der Programmplanung
  - b) die Stellungnahme zum Haushaltsplanentwurf
  - c) die Beratung bei Einstellung von hauptamtlichem Personal.
  - d) die Prüfung und Begutachtung der Veranstaltungen und Aktivitäten
  - e) die Beratung und Vermittlung in besonderen Konfliktfällen
  - f) die Empfehlung von Förderungsmaßnahmen
  - g) die Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit
5. Der Beirat ist im Geschäftsjahr mindestens zweimal durch seinen Sprecher einzuberufen. Auf Antrag des Vorstandes ist der Beirat innerhalb von drei Wochen einzuberufen.
6. Der Beirat ist beschlussfähig, wenn mindestens neun Beiratsmitglieder anwesend sind.
7. Über jede Beiratssitzung ist eine Niederschrift anzufertigen, und allen Beirats- und Vorstandsmitgliedern zuzuleiten. Sie ist dem hauptamtlichen Personal und den Mitgliedern des Vereins zugänglich zu machen.

#### § 8 Auflösung des Vereins

Bei Auflösung des Vereins fällt das Vereinsvermögen an die Stadt Wuppertal mit der Auflage, es ausschliesslich und unmittelbar für die in § 2 dieser Satzung genannten gemeinnützigen Zwecke zu verwenden.

## Vertrag

zwischen

der Stadt Wuppertal - im folgenden kurz "Stadt" genannt -

und

dem Verein "Kommunikationszentrum Wuppertal e.V." - im folgenden kurz "Verein" genannt.

### § 1

- (1) Um dem Verein die Realisierung des in § 2 seiner Satzung genannten Zieles zu ermöglichen, gewährt die Stadt Unterstützung nach Maßgabe dieses Vertrages.
- (2) Die alleinige Verantwortung des Vereins für den Betrieb eines Kommunikationszentrums wird durch diese Hilfeleistung nicht berührt.
- (3) Die Mitgestaltungsmöglichkeiten der Stadt bestimmen sich nach den Vorschriften der geltenden Satzung des Vereins.

### § 2

- (1) Die Stadt überläßt dem Verein leihweise das in dem anliegenden Lageplan rot umrandete Grundstück Wuppertal 1, Viehhofstraße 125, nebst dem aufstehenden Gebäude.
- (2) Die im ersten Obergeschoß liegenden Räume 27 (Bad), 29-34 (Büros), 36 und 37 (Abstellräume) und 40 (Toiletten), die derzeit vom Veterinäramt genutzt werden, sind von der Gebrauchsüberlassung ausgeschlossen. Diese Einschränkung entfällt, wenn das Veterinäramt die Räume aufgibt. Soweit Räume des Hauses zur Zeit noch anderweitig genutzt werden, bemüht sich die Stadt um eine rechtzeitige Freimachung.
- (3) Zur Erfüllung der Satzungsziele ist die Verpachtung oder Vermietung von Grundstücks- oder Gebäudeteile an Dritte (z.B. zur Errichtung eines gastronomischen Betriebes) erlaubt. Sie bedarf jedoch der vorhergehenden Zustimmung der Stadt. Die Pacht- oder Mieteinnahmen des Vereins dürfen nur für satzungsgemäße Ausgaben verwendet werden.
- (4) Die Stadt trägt die für den Grundbesitz zu errichtenden Grundabgaben. Sie übernimmt außerdem im Rahmen von Höchstbeträgen die Energiekosten (Strom, Gas, Dampf) und die Kosten des Wasserverbrauchs. Der letzte Satz gilt nicht für die anteiligen Kosten, die auf einen Mieter oder Pächter im Sinne des vorstehenden Absatzes entfallen. Die Höhe des Kostenanteils ist auf Vorschlag der Stadt in dem Miet- oder Pachtvertrag festzulegen.
- (5) Bauliche Veränderungen kann der Verein unter Berücksichtigung der baupolizeilichen Vorschriften mit Einwilligung der Stadt vornehmen.
- (6) Die Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an Dach und Fach übernimmt die Stadt. Größere Arbeiten soll die Stadt zuvor mit dem Verein abstimmen. Der Verein übernimmt zu seinen Lasten die

erforderlichen Schönheitsreparaturen im Gebäude.

- (7) Beschädigungen am Gebäude oder an den Einrichtungen, insbesondere Brandschäden, sind sofort der Stadt anzuzeigen. Für die aus verspäteter Anzeige der Stadt erwachsenden Nachteile haftet der Verein.
- (8) Bei Beendigung des Vertrages sind die Räume in sauberem und ordentlichem Zustand zurückzugeben.

### § 3

- (1) Die Stadt stellt dem Verein im Jahre 1974 einen Investitionszuschuß in Höhe von 150.000,-- DM zur Herrichtung einer betriebsfähigen 1. Stufe eines Kommunikationszentrums im Gebäude Viehhofstr. 125 zur Verfügung. Über die Verwendung der Mittel hat der Verein einen Nachweis zu führen.
- (2) Von der Stadt zur Verfügung gestellte Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände bleiben Eigentum der Stadt und werden dem Verein kostenlos zur Benutzung überlassen. Der Verein haftet nicht für eine normale Abnutzung dieser Gegenstände; für Verlust, Beschädigung oder Zerstörung nur dann, wenn der Verein seine Aufsichts- und Obhutspflicht schuldhaft verletzt hat. Über die überlassenen Gegenstände wird ein Verzeichnis aufgestellt.

### § 4

- (1) Die Stadt stellt im Einvernehmen mit dem Verein einen Hausmeister für das Kommunikationszentrum ein, dem die Mitüberwachung der Einhaltung der Hausordnung, die Wartung und Bedienung der technischen Anlagen und Einrichtungen, die Beaufsichtigung der Reinigung und der Benutzung der im Eigentum der Stadt stehenden Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände und die Erfüllung der Streupflicht obliegen.
- (2) Der Hausmeister ist zur Zusammenarbeit mit den übrigen im und für den Verein tätigen Mitarbeitern verpflichtet.

### § 5

Im Einvernehmen mit dem Verein können im Kommunikationszentrum städtische Aktivitäten durchgeführt werden. Der Verein stellt hierfür Räume zur Verfügung.

### § 6

- (1) Die Arbeit des Vereins bestimmt sich nach seiner Satzung. Bei der Verwirklichung sind Grundgesetz und andere bestehende Gesetze einzuhalten.
- (2) Der Verein bekennt sich zu den Prinzipien der Gleichbehandlung, der Toleranz und der demokratischen Führung.

### § 7

- (1) Der Verein hat die Reinigungspflicht für alle zur Verfügung gestellten Räume und Verkehrsflächen. Er trägt gleichfalls die Verkehrssicherungspflicht, die sich aus der Inbetriebnahme dieser

Flächen ergibt. Insoweit stellt er die Stadt von allen Ansprüchen Dritter frei.

- (2) Die Stadt trägt die Verkehrssicherungspflicht, die sich aus ihrer Instandhaltungsaufgabe an Dach und Fach ergibt.
- (3) Der Verein schließt eine Haftpflichtversicherung ab.
- (4) Gegen fremde Eingriffe und Belästigungen hat sich der Verein selbst zu schützen. Die Stadt kommt für keine hierdurch entstehenden Schäden oder Nachteile auf.

### § 8

Der Verein verpflichtet sich, seine Geschäftsbücher einem Beauftragten der Stadt zur Einsichtnahme und Rechnungsprüfung zur Verfügung zu stellen. Der Entwurf des Jahreshaushaltes sowie die Jahresabrechnung sind der Stadt zur Kenntnisnahme zuzuleiten.

### § 9

- (1) Dieser Vertrag kann von den Vertragsschließenden erstmals zum 31.12.1978 gekündigt werden. Er verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn er nicht bis zum 31.12. des dem Ablauf vorausgehenden Jahres gekündigt worden ist.
- (2) Die Parteien können bei Vorliegen eines wichtigen Grundes mit sofortiger Wirkung kündigen (außerordentliches Kündigungsrecht). Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn
  - a) der Verein gegen Sinn und Zweck seiner Satzung, insbesondere gegen § 2 verstößt,
  - b) der Verein seine Satzung in wesentlichen Punkten (jetzt § 2, § 6(1), § 7(2) und § 8) ohne Zustimmung der Stadt ändert,
  - c) der Verein gegen die Bestimmungen dieses Vertrages verstößt,
  - d) der Verein seine Auflösung beschließt.
- (3) Ein Wegnahmerecht oder ein Aufwendungsersatzanspruch steht dem Verein nach Beendigung dieses Vertrages nicht zu.

### § 10

- (1) Soweit nichts anderes bestimmt ist, gelten für die Gebrauchsüberlassung des beweglichen und unbeweglichen städtischen Vermögens die Vorschriften des BGB über die Leihe.
- (2) Abweichende und zusätzliche Absprachen bedürfen der Schriftform.
- (3) Der Gerichtsstand ist Wuppertal.

Thema: "Freizeit" - Tagungen, - nichts als Tagungen ? (!)

Allerorten wird über "Freizeit" und Kommunikation diskutiert. Arbeitskreise und Gesellschaften werden gegründet, die sich mit "Freizeitproblemen" beschäftigen. Es gibt eine "Europäische Gesellschaft ..." und eine "Deutsche Gesellschaft für Freizeit". Unesco, Europarat und der "Deutsche Städtetag" befassen sich mit dem Thema "Freizeit". Tagungen, Seminare und Konferenzen werden durchgeführt. Haufenweise wird Papier bedruckt mit Resolutionen und Empfehlungen, mit Berichten und Referaten.

Die Frage ist: welche Konsequenzen hat das Ganze? Hier ein Bericht von verschiedenen Veranstaltungen, an denen Mitarbeiter unserer Initiative teilgenommen haben:

In Königswinter kamen einhundert Fachleute zusammen: Jugend- und Sozialarbeiter, Verwaltungsleute und Wissenschaftler. Drei Tage lang wurde über "Fragen der Aufgabenstellung, Nutzung und Förderung von Freizeitstätten im Rahmen offener Jugendarbeit" geredet. Unser städt. Sozialdezernent Friedel Platte war auch dabei, um in Arbeitsgruppe III "Die Finanzlage der Freizeitstätte" zu behandeln. In anderen Gruppen standen Fragen nach der Funktion, dem Raumprogramm, den Mitarbeitern, den Zielsetzungen der Freizeitstätte u.a. auf dem Programm. Einen großen Raum nahm die Diskussion über die Förderung der sogenannten "Teil-Offenen-Türen" ein. Jugendverbände wie die "Falken" vertraten hier die Auffassung, daß die Jugendfreizeitheime, die nur bestimmten Gruppen offen stehen und von der Masse der nichtorganisierten Jugendlichen nicht benutzt werden können, in Zukunft nicht mehr finanziell gefördert werden sollten. Damit waren die konfessionellen Träger nicht einverstanden. Besonders die katholischen Verbände, die alleine in Nordrheinwestfalen einige hundert Jugendheime verwalten, setzten sich heftig zur Wehr.

Ansonsten gabe es nichts Neues. Obwohl der "Spiegel"-Artikel über die Krise der Jugendhäuser zitiert wurde (Report über Jugendpolitik - Jugendfreizeitzentren in der BRD - "Der Spiegel" Nr. 3/1974), obwohl bei Untersuchungen festgestellt wurde, daß kaum ein Jugendheim den Vorstellungen der Jugendlichen entspricht (s. "Jugendheime in NRW" - Untersuchung der Universität Bochum im Auftrage des Sozial-Ministeriums -), läuft alles weiter so wie bisher. Da wird weiter am Bedarf vorbeigeplant und -gebaut: Jugendfreizeitheime vom Typ "Bewahranstalt" (Motto: "Hauptsache, die Jugendlichen kommen von der Straße weg").

Ein Referent aus der Schweiz kennzeichnete diese Häuser als "Freizeitskloster".

Von den zahlreichen Sozialisationsinstanzen ... ist die Jugendarbeit diejenige, die im Interesse zunehmender Emanzipation alle anderen Sozialisationswirkungen einer kritischen Überprüfung dadurch unterzieht, daß sie die nicht zuletzt von jenen anderen mitverursachten Konflikte in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellt mit dem Ziel, durch die bewußte Verarbeitung solcher Konflikte nach der individuellen wie gesellschaftlichen Seite hin den gesamtgesellschaftlichen Emanzipationsprozeß weiterzutreiben.

Hermann Giesecke

Stellt sich die Frage: mangelt es hierzulande an Phantasie, um Alternativen zu entwickeln, oder fehlt es an dem Maß an Risikobereitschaft, das vorhanden sein muß, wenn Jugendarbeit gewünscht ist, die sich als "Entwicklungshilfe" in Sachen Emanzipation versteht? So wurden Berichte über vorbildliche Einrichtungen in der Schweiz und in Holland allenfalls zur Kenntnis genommen. Denn hier bei uns ist ja alles anders (!). Experimente können wir uns nicht leisten (!). Dafür haben wir aber den bestorganisierten Landesjugendplan (nach Aussagen eines Vertreters des Landschaftsverbandes).

Diese Richtlinien sind so perfekt und der vorgegebene Rahmen ist so eng begrenzt, daß ein neuer Bedarf an sozio-kulturellen Einrichtungen, der sich an der Veränderung der sozialen Bedingungen und Bedürfnisse orientiert, praktisch keine Berücksichtigung finden kann. Die Strukturen haben sich so verfestigt, so daß Veränderungen in diesen Häusern auch bei gutem Willen von Seiten der Sozialpädagogen kaum möglich sind.

Der abschließende Eindruck von der Fachtagung in Königswinter: es bleibt alles beim alten. Jugendverbände und Sozialbürokratie zeigen wenig Bereitschaft, sich mit neuen Entwicklungen und Tendenzen auseinanderzusetzen. Wen wundert es da, daß nicht ein Vertreter von Jugendzentrums-Initiativgruppen eingeladen war?!

Das Prinzip der Partizipation bedingt notwendig eine Umdefinition des Berufsbildes für Sozialarbeiter und Pädagogen.

(Aus den Empfehlungen des Bayerischen Jugendrings)

Schulungen für Mitarbeiter der "Offenen Jugendarbeit" werden in der Ev. Jugendakademie Radevormwald von dem Soziologen Dr. Gerhard Bauer organisiert. Das Bedürfnis nach Information und Erfahrungsaustausch ist groß. Bei vielen Heimleitern und Sozialarbeitern herrscht Unsicherheit gegenüber den Forderungen der Jugendlichen nach Selbstbestimmung. Typische Aussage einer Heimleiterin: "was soll ich machen, wenn die Jugendlichen plötzlich das Jugendheim in Selbstverwaltung betreiben wollen ..., dann werde ich ja arbeitslos?!" Daß in einem "Selbstverwalteten Jugendzentrum" die Sozialarbeiter nicht überflüssig werden, stellt sich dann bei den konstruktiven Diskussionen in der Jugendakademie zwischen den Pädagogen und Mitgliedern von Jugendinitiativgruppen heraus. Die engagierten und kritischen Jugendlichen erwarten von den Sozialarbeitern, daß diese die Funktion des Leiters ablegen und die Rolle des Beraters annehmen. Die Zeit der Jugendleiter, Freizeitleiter und Jugendwarte scheint abgelaufen zu sein. Doch augenscheinlich nimmt man an den Fachhochschulen kaum Kenntnis von dieser neuen Entwicklung, so daß die Sozialarbeiter nur unzureichend auf die realen Bedingungen in der Praxis vorbereitet sind.

Weiterbildung darf sich nicht auf die Entwicklung kognitiver Fähigkeiten beschränken. Die Vielfalt der "kulturellen Aktivitäten" der Menschen ist zu berücksichtigen.

(aus dem Gesetzentwurf zur Förderung der Weiterbildung)

Die Volkshochschulen unternehmen große Anstrengungen, das Angebot im Freizeitbereich auszubauen und zu qualifizieren. In Bad Honnef diskutierten Dozenten der freizeitpädagogischen Fachbereiche mit Lehrbeauftragten von der Universität Bielefeld und der Akademie Remscheid über Programme der Erwachsenenbildung. Dabei wurde festgestellt, daß Freizeitangebote sich bis jetzt noch überwiegend aus Kosmetik-, Näh-, Bastel- und Gymnastikkursen zusammensetzen. Jedoch gibt es schon Ansätze für praxisbezogene Projektarbeit und Kommunikationswerkstätten. Das neue "Weiterbildungsgesetz", das im nächsten Jahr in Kraft treten soll, sieht vor, daß der "Bereich der freizeitorientierten und Kreativität fördernden Bildung" gleichwertig neben den anderen Sachbereichen stehen soll. Diese Chance sollte genutzt werden.

An der Volkshochschule Düsseldorf wurde eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, die sich in Theorie und Praxis mit dem Themenkomplex "Freizeit in der Industriegesellschaft - Emanzipation oder Anpassung"

beschäftigt. Das Verhältnis von Arbeit und Freizeit, Begriffe wie Freizeitpädagogik und Emanzipation, die Abhängigkeit des Freizeitverhaltens und der Freizeitplanung von gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen werden behandelt. Inzwischen hat sich daraus eine projektbezogene Gruppenarbeit entwickelt. Seminare, Wochenendtagungen und Studienfahrten werden gemeinsam geplant und durchgeführt. Medien wie Film und Ton, Foto und Video werden in die Arbeit einbezogen. Die Gruppe arbeitet an einer Dokumentation über Jugendhäuser und Kommunikationszentren, die Ende 1974 veröffentlicht werden soll.

In "Kritischen Seminaren" werden in der Wuppertaler Volkshochschule sozial- und kommunalpolitische Fragen diskutiert. Bei der letzten Veranstaltung stand das Thema "Freizeit in Wuppertal" auf dem Programm. Anschaulich wurde von Gartendirektor Tempel dargestellt, wie gut unsere Stadt mit Parks und Grünflächen, mit Schwimm- und anderen Sportanlagen ausgestattet ist. Die Frage nach Begegnungsstätten, wo Bürger sich treffen und miteinander ins Gespräch kommen können, wo auch Jugendliche selbst über ihre Freizeit bestimmen können, konnte nicht beantwortet werden. Die städtische Jugendbehörde hatte es vorgezogen, nicht zur Diskussion zu erscheinen.

Kunst hat keinen Wert an sich, und Kulturpolitik erfüllt keinen kommunalen Selbstzweck; beides hat gesellschaftlich-funktionale Bedeutung. "Kultur" gehört zum Lernfeld politischer Erziehung: Der Mensch muß die Gestaltbarkeit der Welt bewußt erfahren, die ästhetischen Wirkungen seiner Umwelt experimentell kennenlernen, die Wirkung einschätzen können, um schließlich die eigenen und anderer vielfältigen Ausdrucksmöglichkeiten und Aktionen zu beherrschen. Das ist ein langwieriger, eigentlich lebenslanger Kommunikationsprozeß, der, wenn er zu einem demokratisch "massenhaften" werden wird, auch die Gesellschaftsstrukturen verändert. Anders könnte "Kunst" nicht zum Medium der vielen, zum strategischen Instrument zur Durchsetzung ihrer Interessen und Bedürfnisse werden.

Olaf Schwencke

In Klausur gingen Kulturdezernent Dr. Dr. Klaus Revermann und Mitarbeiter der Wuppertaler Kulturinstitute, um über einen Kulturentwicklungsplan zu beraten. Das Seminar wurde von der Volkshochschule organisiert. Bildung und Kultur sollen Elemente der Stadtentwicklung werden. Wie in der Zeitung zu lesen war, gab es wichtige Beratungspunkte: die Versorgung der Stadtteile, die kulturelle Arbeit mit Zielgruppen und der Ausbau der Institute (NRZ 25.5.74).



Auf die Arbeitsergebnisse darf man gespannt sein. Bedauerlich, daß bei solch einer wichtigen Diskussion, wo es um die kulturelle Entwicklung unserer Stadt geht, keine Mitarbeiter des Vereins "Kommunikationszentrum Wuppertal" beteiligt waren.

Es ist Kunst nötig, damit das politisch Richtige zum menschlich Exemplarischen werde.

Berthold Brecht

Versümnisse der Kulturpolitik lassen sich stellvertretend im Museum deshalb besonders anschaulich exemplifizieren, weil sich dessen System oft als genauso unveränderbar steril konserviert wie die Museumsstücke, die sich zum Inhalt des Systems addieren.

Hilmar Hoffmann

"Die soziale Dimension der Museumsarbeit", - unter diesem Thema stand ein Seminar, veranstaltet von der UNESCO und dem Museum Folkwang in Essen. Vorträge der ausländischen Teilnehmer machten deutlich, daß in Ländern wie Frankreich, Schweden und Holland bereits beispielhafte Modelle von Kulturhäusern realisiert worden sind. Doch die Ausführungen von Frederik Mann vom "Kulturökologischen Institut" und von Horst Dietrich von der Hamburger "Fabrik" brachten zum Ausdruck, daß in unserem Lande zumindest Versuche gestartet werden. Es fehlt nur die finanzielle Unterstützung. Bemerkenswert noch der Erfahrungsbericht von Horst Henschel über die Arbeit des Kunstpädagogischen Zentrums in Nürnberg, das als Modellbeispiel mit Bundesmitteln gefördert wird.

Reden über die Stadt ist reden über die Menschen.  
Reden über die Menschen ist diskutieren über die gesellschaftlichen Verhältnisse.

Fred van Klingeren

Bei einer Konferenz von Dienststellen für Stadtentwicklungsplanung beim Städtetag wurden Aspekte behandelt, die sich aus der Verbindung von "Kommunikation und Stadt" ergeben. Dabei wurde herausgestellt,

"Kommunikation ist wichtig

- für den einzelnen Bürger (Möglichkeit zur Selbstdarstellung und -bestätigung, d.h. das Gefühl, Anerkennung zu finden, Erweiterung des Erlebnishorizontes, Bildung durch Meinungsaustausch usw.)

- für die Gesellschaft (Förderung des sozialen und damit auch politischen Verhaltens, der Einordnung in die Gesellschaft, Entwicklung von Bindungen und Beziehungen)."

Die Forderung nach Kommunikationseinrichtungen und Zentren wurde erneut gestellt. Hoffentlich bleibt es nicht bei Thesenpapieren und Deklarationen.

Das Phänomen Freizeit ist nicht zu trennen von der Arbeit, von deren Organisation und von den in ihr und für sie eingeübten Verhaltensweisen und gesellschaftlichen Rollen.

Hubert Kirchgäßner

Der "Dritte Freizeitkongreß" wurde vom "Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk" und von der "Deutschen Gesellschaft für Freizeit" in der Dortmunder Westfalenhalle durchgeführt. In 30 Veranstaltungen, Vorträgen und Arbeitsgesprächen wurden Themen wie: "Freizeit als öffentliche Angelegenheit", "Mitwirkung der Bürger bei der Planung", "Raumplanerische Aspekte" und "Wartung von Freizeitanlagen", "Wahrnehmung und Kommunikation", "Spiel und Freizeitpädagogik" u.a. an 3 Tagen von insgesamt 300 Kongreßteilnehmern behandelt. Durch die Auswahl der Teilnehmer und die Höhe der Teilnehmergebühren (pro Tag DM 80,-) blieben der Anspruch der "Wissenschaftlichkeit" und der "seriöse" Rahmen gewahrt. Interessierte "Laien" und Bürgerinitiativen hatten dort nichts zu suchen. So waren Freizeitplaner und -verwalter, Freizeitpädagogen und -politiker unter sich. Für einen Beobachter ist es erregend und erschreckend zugleich, zu hören, welche Vorstellungen die "Fachleute" davon haben, wie die Masse der "Normalverbraucher" ihre Freizeit zu gestalten hat. Die total programmierte und verwaltete Freizeit liegt offensichtlich nicht mehr fern.

## Empfehlungen zur Kulturpolitik

Zwischenstaatliche Konferenz der U N E S C O Helsinki 1972

In der Erwägung, daß die Konzeption der Kultur durch die Arbeit der Konferenz in zweierlei Hinsicht in ein neues Licht gerückt ist, nämlich in dem Sinne, daß

- Kultur die Strukturen, Sitten und Lebensbedingungen einer Gesellschaft umfaßt und in ihnen die Muster des individuellen Selbstaustauschs sowie der individuellen Selbsterfüllung,
- Kultur schon in der traditionell begrenzten Bedeutung, um so mehr aber in der neuen erweiterten Perspektive, nicht länger als das ausschließliche Feld einer kleinen kreativen und gebildeten Elite angesehen werden kann,

in der Erwägung ferner, daß Kulturpolitik somit ein wesentlicher Bestandteil einer Gesellschaftspolitik geworden ist, deren Ziel ebenso der Fortschritt der nationalen Gemeinschaft wie die Erhaltung und die Sicherung des Weltfriedens ist,

eingedenk des Artikels 27(I) der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der da sagt, daß "jeder Mensch das Recht hat, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen", woraus zu folgern ist, daß die Regierungen verpflichtet sind, dafür zu sorgen, daß die Ausübung dieses Rechtes möglich ist, und allen Gruppen der Bevölkerung dabei zu helfen, ihrer eigenen Kultur Gestalt zu geben, Anteil zu haben und sich durch sie so auszudrücken, wie es ihnen angemessen und natürlich ist,

mit der Schlußfolgerung daraus, daß die politischen Instanzen und die Verwaltungen, um der infolgedessen zufallenden Verantwortung gerecht zu werden, neue Wege des Denkens und neue Strukturen der Planung, Entscheidung und Ausführung brauchen,

empfiehlt die Konferenz den europäischen Mitgliedstaaten,

1. als Richtschnur ihrer Kulturpolitik zu akzeptieren, daß diese fördernden, Anstöße gebenden Charakter haben und die Kreativität jedes Einzelnen so anregen sollte, daß die Bevölkerung als Ganzes in vollem Umfang an der Gestaltung ihrer Kultur teilnehmen kann;
2. die Entwicklung und Auswertung neuer Modelle für die Ausarbeitung und Ausführung kulturpolitischer Zielsetzungen zu fördern, die den oben erwähnten Bedingungen Rechnung tragen, und dabei der zweifachen Notwendigkeit besondere Aufmerksamkeit zu widmen:
  - a) die Integration und aktive Teilnahme aller Gruppen der Gesellschaft, insbesondere der Künstler, sicherzustellen;
  - b) allen Formen kultureller Kreativität, sowohl des Einzelnen als auch der Gruppe, volle Freiheit bei der Entfaltung ihres Potentials und bei der Erfüllung ihrer wichtigen Bestimmung zu gewähren, das Leben aller zu bereichern.

Die Rathäuser, die früher einmal Sitz der Demokratie in unseren Städten waren, sind der Sitz der Bürokratie geworden. Wir müßten heute Bürgerhäuser haben, die Begegnungsplatz der Bürger sind.

Robert Jungk

## Kommunikationszentren anderswo (2. Teil)

Auch bei uns in der Bundesrepublik sieht man nun langsam die Notwendigkeit der Unterstützung von Initiativen in Richtung Kommunikationszentrum ein. Die Hamburger "Fabrik" (Barner Str.) und das Berliner "Media-Zentrum" (Kottbusser Damm) sind als Modelleinrichtungen anerkannt und sollen mit Bundesmitteln gefördert werden.

Ein Bürgerschaftshaus ist für 800.000,- DM in Köln-Bocklemünd (Görlinger Zentrum 15) gebaut worden. Weitere 80.000,- DM wurden von der Stadt für den Ausbau eines Kommunikationsraumes in diesem Haus bewilligt. Das Bürgerhaus wird von dem Verein "Sozial-Kulturelles Zentrum e.V." betrieben und ist in einem Komplex neben einer Volkshochschule, einer Bibliothek, einem Kindergarten und einer Gaststätte untergebracht. Für das Bürgerhaus wurden 4 Planstellen für pädagogisches Personal eingerichtet. Daneben gibt es eine Verwalterin und einen Hausmeister. Personal- und Betriebskosten werden von der Stadt getragen. In anderen Stadtteilen Kölns sind 2 weitere Bürgerhäuser geplant.

In Köln tut sich überhaupt einiges. Die Stadtparkasse Köln hat zum 150. Jahrestag ihrer Gründung eine Stiftung gegründet mit dem Ziel, ein Informations- und Bildungszentrum zu errichten. "Die Stiftung verfolgt den Zweck, die Erwachsenenbildung, Jugend- und Altenpflege zu fördern, Kunst, Kultur und Heimatkunde zu pflegen, um damit Anregungen und Hilfen zur sinnvollen Freizeitgestaltung zu liefern" (Auszug aus der Stiftungsurkunde). Ein lobenswertes Anliegen, an dem sich Stadtparkassen anderswo ein Beispiel nehmen könnten.

Hannover hat bereits 2 selbstverwaltete Jugendzentren. Die Initiative "Unabhängiges Jugendzentrum Glocksee" (Glockseestr.) hat sich in einem ehemaligen Fuhrpark niedergelassen. Die Stadt hat 300.000,- DM für Instandsetzung und Einrichtung bereitgestellt, - außerdem pro Jahr 120.000,- DM für Personal und 48.000,- DM für Material und Programm. Neben Kneipe, Veranstaltungshalle, Diskothek, Teestube und

Kinderspielstube stehen Räume für Wohnkollektive und eine Kfz-Werkstatt, in der die Jugendlichen ihre Fahrzeuge selber reparieren können, zur Verfügung.

Der Verein "Unabhängiges Jugendzentrum Duisburg e.V." ist dabei, die Räume im "Eschhaus" (Niederstr.) nach eigenen Vorstellungen auszugestalten. Die Stadt hat das ehemalige Fabrikgebäude mit 500.000,- DM in Stand gesetzt und dem Verein zur Verfügung gestellt. Das Zentrum soll im Juli des Jahres eröffnet werden.

In unserer kleinen Nachbarstadt Radevormwald haben Jugendliche mit großem Einsatz und mit Unterstützung durch die Stadt im alten Rathaus ein Jugendzentrum (Bahnhofstr.) eingerichtet, das sie in Selbstverwaltung betreiben. Teilnehmer eines Sozialpädagogischen Lehrgangs an der Jugendakademie haben darüber einen 8 mm Schmalfilm gedreht, der bei E. Dieter Fränzel (Wuppertal, Iltisstr. 22) ausgeliehen werden kann.

Studenten, Lehrlinge und Schüler aus Dortmund richteten in der Freizeitanlage Wischlingen ein Begegnungszentrum (Sydowstr. 50) ein. Dort treffen sich junge und ältere Leute, Kontakte werden geknüpft in der Gaststätte und dem dazugehörigen Gartenlokal. Volksfeste werden veranstaltet, Spiele für Kinder und Erwachsene werden angeboten. Werkstätten für Malerei, Grafik, Fotografie, Film, Siebdruck, Keramik, Holz und eine Moped/Motorrad-Werkstatt wurden eingerichtet. Der inzwischen gegründete Trägerverein "Wischlingen e.V." wird von der Volkshochschule der Stadt Dortmund unterstützt.

Im Rahmen einer Studienfahrt der VHS Duisburg, an der Mitarbeiter der Initiative "Kommunikationszentrum Wuppertal" beteiligt waren, stand die Besichtigung von Freizeiteinrichtungen und Kommunikationszentren in Süddeutschland auf dem Programm:

In Hessen gibt es ein weitverzweigtes Netz von Bürgergemeinschaftshäusern, auf dem Lande und in der Stadt. Alleine in Frankfurt gibt es 18 solcher Zentren unterschiedlicher Art. Alle verfügen über einen großen Saal, eine Gaststätte und eine Reihe von Clubräumen. Einige haben zusätzlich eine Bühne, ein Kino, eine Bücherei, eine Sporthalle, einen Kindergarten. Das Bürgerhaus in dem neuen Stadtteil Nord-West-Stadt (Nordwestzentrum) ist eines der größten. Mehr als 120 kulturelle Veranstaltungen werden dort jährlich durchgeführt. Aber auch Familienfeste, Vereinsabende und politische Versammlungen

finden dort statt.

Das Freizeitzentrum Frankenhof (Südliche Stadtmauerstr.) in Erlangen beherbergt einen Jugendclub, einen Studentenclub, Veranstaltungsräume, Musikschule, Gästehaus, Restaurant, Hallenbad mit Sauna, Kinderspiel- und Werkräume. Eine Druckerei kann von Gruppen und Bürgerinitiativen kostenlos benutzt werden. Koordiniert und betreut werden die Aktivitäten und Einrichtungen von einem "Amt für Freizeit". Diese Beratungs- und Koordinationsstelle unterstützt Vereine und Initiativgruppen, führt in den Stadtteilen Situationsanalysen und aktivierende Befragungen durch, hilft den Bewohnern beim Aufbau von Spielplätzen und sozialen Einrichtungen. Hier haben Sozialarbeiter bei der Stadtplanung ein entscheidendes Wort mitzureden.

Viel-schichtige kulturelle Aktivitäten bestimmen den "Freizeitwert" der Stadt Nürnberg. Dort wurde ein weitgehender Kulturentwicklungsplan entworfen, der als vorbildlich bezeichnet werden kann. In allen Teilen der Stadt sollen sogenannte "Kulturäden" eingerichtet werden. In leerstehenden Ladenlokalen, Wohnhäusern, Fabrikhallen. Der erste Kulturladen "Das Haus" (Rothenburger Str. 106) soll noch in diesem Jahr aufmachen.

## Kultur im Milchgeschäft

### Nürnbergers Kulturdezernent plant interessantes Projekt

Im ehemaligen Milchgeschäft an der Ecke Könen Nürnberger Eltern in Zukunft Rat und Hilfe zur Mengenlehre einholen. Leerstehende "Tante-Emma-Läden" sollen in allen Stadtbezirken der Stadt zu Kultur- und Beratungszentren für die Bevölkerung werden. Mit seinem Projekt "Kulturäden" will der Nürnberger Kulturdezernent Dr. Hermann Glaser die Kultur aus ihrem "elitären Bannkreis" befreien und sie den Menschen direkt in ihren Wohngebieten zugänglich machen. Die ersten Kulturäden wird es möglicherweise schon Ende 1974 geben.

Das Angebot der multifunktionalen Kolonialwarenläden soll Kultur im konventionellen Sinn weit hinausgehen, Verbraucherfragen, Erziehungsprobleme und psychologische Beratung werden ebenso auf dem Programm stehen wie Tipps zur sinnvollen Freizeitgestaltung und Pop-Konzerte für die Jugend. Bei Kaffee und Kuchen können die Kunden der Kulturäden die ausgelegten Zeitungen und Zeitschriften lesen und sich über das kulturelle Angebot ihrer Stadt informieren, das ihnen in allgemeinverständlicher Sprache nahegebracht werden soll. Besonders sollen auch Gastarbeiter Hinweise erhalten, welche Veranstaltungen und Sprachkurse für sie in Frage kommen. Den Weg zu Theater-, Konzert- und Kinokasse können sich die Besucher der Kulturäden sparen: Eintrittskarten werden ihnen besorgt und praktisch vor die Haustür geliefert.

Über versäumte Fernsehsendungen müssen sich die Nürnberger keinen Kummer mehr machen, wenn es die Kulturäden gibt. Auf Videogeräten werden Fernsehprogramme aufgezeichnet, die am nächsten Tag gesehen werden können. Spielotheken, Wandzeitungen, Hausmusik aus Rock und Klassik und Malschulen für die Kinder sollen der Bevölkerung helfen, ihre Freizeit attraktiver und sinnvoller zu gestalten. Informieren, vermitteln und beraten werden in dem Netz der Kulturäden "Animatoren", die pädagogisch, psychologisch oder künstlerisch ausgebildet sind. Alle Ideen und Vorschläge des Kundenkreises werden selbstverständlich mit berücksichtigt.

Die "Kulturäden" sollen so weit verzweigt sein wie "Annahmestellen von Reinigungsfirmaen". Die ersten Versuche sind in Altbauvierteln mit noch relativ intakter Sozialstruktur geplant. Wenn die ehemaligen Kaufhäuser als Kommunikationszentren dort erfolgreich waren, wandern die Kulturäden auch in die "Betonschlingen" der Vor- und Trabantenstädte.

Im Zusammenhang mit den Kulturäden ist geplant, den Nürnbergern die Mittagspause mit "Lunch-time-Programmen" zu verschönern. Auf öffentlichen Plätzen und in den Läden sollen kurze Sketche zum Mitspielen, Musik und Kuriositäten aus arbeitenden Bevölkerung das Pausenbrot würzen.